

## Gemeinderatsfraktion Die Linke / DKP

Heidenheim, den 24. Januar 2013

An die  
Mitglieder des Heidenheimer Gemeinderats  
z.Hd. von Herrn Oberbürgermeister Bernhard Ilg.

Betr.: Werbung der Bundeswehr an Schulen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

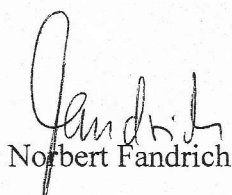
heute geht die Bundeswehr verstärkt und planmäßig an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern auf Rekrutenfang. Sie proklamiert in ihren Werbeprospekten „Soldat zu sein ist kein Job wie jeder andere“. In der Tat ist die Vorbereitung zum Töten und Kriegführen „kein Job wie jeder andere“. Es ist absurd und unmenschlich zugleich, die Vorbereitung zum Töten oder im Krieg selbst getötet zu werden, als Job zu bezeichnen. Obendrein ist es ein Skandal, dass die Bundeswehr in Schulen, Unis und Arbeitsagenturen, staatlich erlaubt, Zutritt erhält und mit verlockend erscheinenden Angeboten junge Menschen als „Kanonenfutter“ für Kriege und Gewalt, natürlich unter dem Deckmantel von Freiheit und Demokratie, zu ködern. Wir meinen, vor allem die politische Bildung gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten. Wir wollen nicht, dass unsere jungen Menschen für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Auslandseinsätze sind auch kein Abenteuerurlaub. Wie gefährlich das ist, zeigen z.B. die aus Afghanistan kommenden Zinksärge. Doch nicht immer ist es gleich der Tod, sondern viele Soldatinnen und Soldaten kommen als seelische Wracks zurück, die das Erlebte nicht ertragen und verarbeiten können und danach arbeitsunfähig sind. Übrigens, der Krieg in Afghanistan wird gegen den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchgeführt. Und, die Auslandseinsätze entziehen sich jeglicher parlamentarischer Kontrolle.


Mit unserem Antrag unterstützen wir die Friedensbewegung, die in den vergangenen Jahren mit vielfältigen Aktionen für bundeswehrfreie Schulen aktiv wurde.

### **Antrag:**

**Die Heidenheimer Stadtverwaltung und der Gemeinderat werden beauftragt, in Absprache mit den Schulleitern dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr keine Werbung an Heidenheimer Schulen veranstaltet.**

  
Horst Mack

  
Norbert Fandrich

  
Reinhard Püschel